

15. Bezirk – Rudolfsheim-Fünfhaus

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024

Wien, am 04.12.2023

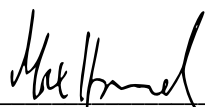
Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag
Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen

Die Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus spricht sich dafür aus, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu schützen. Nicht nur die Sicherheit und die Privatsphäre von Patientinnen muss gewährleistet sein, sondern auch die Sicherheit von Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen sowie das darin arbeitende Personal.

Begründung

Menschen in und aus Rudofsheim-Fünfhaus müssen sich darauf verlassen können, dass sie ungestörten und sicheren Zugang zu Einrichtungen und Praxen haben, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.



Maximilian Hammel

Antrag betreffend Anrainer:innenparkplatz

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 29.02.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus möge beschließen, die zuständige Stelle der Stadt Wien (MA 46) zu ersuchen, im Bereich der Kannengasse die Voraussetzungen für das Anrainer:innenparken zu prüfen.

Begründung:

Immer mehr Anrainer:innen leiden unter dem Mangel an Stellplätzen im oben genannten Gebiet. Zusätzlich verschärft wird die Situation durch die Nähe zur Stadthalle.

Daher wollen wir, wie in anderen Teilen des Bezirks, etwas zur Entschärfung der Situation beitragen. Im ersten Schritt wäre es zu prüfen, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Wien, am 29.02.2024

Andreas Leszkovsky

Edin Cajlakovic

Antrag

Ausweitung des Musikschangebots in Rudolfshelm-Fünfhaus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfshelm-Fünfhaus stellen bezüglich des Musikschangebotes zur Bezirksvertretungssitzung am 29. Februar 2024 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Der zuständige Stadtrat für die Musikschulen, Christoph Wiederkehr, wird gebeten das Musikschangebot in Rudolfshelm-Fünfhaus auszubauen, um Musikerinnen und Musiker sowie ein Publikum von morgen zu fördern und unseren internationalen Status als Kultur- und Musikstadt langfristig zu sichern.

Begründung:

Im Jahr 2024 feiert Österreich zwei besondere Musikkünstler, einerseits den 200. Geburtstag von Anton Bruckner, andererseits das 150. Jubiläum von Arnold Schönberg. Wien präsentiert sich gerne als Welthauptstadt der Musik und kann zurecht stolz auf seine lange musikalische Tradition sowie das zahlreiche musikalische Angebot sein. Unglücklicherweise hat man sich in den letzten Jahren zu sehr auf den Erfolgen der Vergangenheit ausgeruht. Investitionen in eine Ausweitung des Angebots musischer Ausbildungsstätten zur Förderung neuer Generationen von Musikerinnen und Musikern wurden vernachlässigt. In Wien gibt es aktuell nur 15 Musikschulstandorte. Gleichzeitig wächst das Interesse seitens der Kinder und Jugendlichen ein Musikinstrument zu erlernen.

Das wachsende Interesse ist verständlich, bringt die musische und musikalische Bildung doch ein oftmals unterschätztes Potential: So liegt in ihr nicht nur die Zukunft für Wien als Musik- und Kulturstadt, sondern auch die Herausbildung wichtiger Fertigkeiten wie Kreativität, Gestaltungsvermögen und soziales Miteinander. Darüber hinaus unterstützen musische Fähigkeiten auch andere Schlüssel- und Querschnittskompetenzen wie Lernkompetenz, soziale Kompetenz und Ausdrucksfähigkeit. Vor diesem Hintergrund sollte es unser aller Anliegen sein, das Angebot der musischen Bildung in Wien und im Bezirk zu stärken, um jungen Menschen ihre Potenziale aufzuzeigen und bei ihnen die Freude und Neugierde an der Musik zu wecken.

BR Peter Estfeller
Klubobmann

Antrag

Erhöhung des Straßenreinigungsintervalls in der Pouthongasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Errichtung von Straßenreinigungsintervalls in der Pouthongasse zur Bezirksvertretungssitzung am 29. Februar 2024 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden gebeten, die Erhöhung des Intervalls der Straßenreinigung in der Pouthongasse zu prüfen.

Begründung:

Wien wurde erst 2023 wieder zu lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Eine Ehre die der Stadt auch aufgrund ihrer Sauberkeit zuteilwird. Leider gibt es immer wieder einzelne Bereiche in Wien und auch unserem Bezirk die stärker verschmutzt werden. In der Pouthongasse berichten Anrainerinnen und Anrainer von einer solchen stärkeren Verschmutzung. Mit diesem Antrag soll die Pouthongasse wieder zu einem sauberen und lebenswerten Ort werden.

BR Felix Ofner

BR Peter Estfeller
Klubobmann

Antrag

Evaluierung der Scooterabstellplätze in Rudofsheim-Fünfhaus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudofsheim-Fünfhaus stellen bezüglich einer Evaluierung der Scooter Abstellplätze in unserem Bezirk, zur Bezirksvertretungssitzung am 29. Februar 2024 gem. §24 GO-BV folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht eine Evaluierung der Auslastung der E-Scooter Abstellplätze durchzuführen und gegebenenfalls eine Optimierung bezüglich der Nutzung von Abstellflächen im öffentlichen Raum durchzuführen.

Begründung:

Wir sehen aktuell ein Ende der Hype für die Nutzung von mietbaren E-Scootern. Die Anzahl der Anbieter sowie die Anzahl der E-Scooter wurde seitens der Stadt Wien limitiert. Die Abstellflächen sind im Gegensatz zu Situation vor einem Jahr kaum genutzt. Daher sehen wir nun die Notwendigkeit eine Evaluierung und Optimierung dieser Abstellmöglichkeiten.

Umgestaltungen, unter anderen in der Äußeren Mariahilferstraße sowie in der Hütteldorferstraße, erhöhen zusätzlich den Parkplatzdruck, daher sollte mit den Flächen im öffentlichen Raum sparsam umgegangen werden. Eine angedachte Möglichkeit wäre das zusammenlegen von Fahrradabstellanlagen mit Scooter Abstellplätzen.

BR Peter K. Estfeller
Klubobmann



Antrag betreffend Kreuzung/Linke Wienzeile

Die unterfertigten Bezirksräte von NEOS in Rudofsheim-Fünfhaus stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 29.02.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, die Möglichkeiten zur Errichtung eines steilen Abbiegewinkels an der Kreuzung Ullmannstraße/Linke Wienzeile zu prüfen. Damit soll ein erhöhtes Gefahrenpotenzial für Fußgänger:innen entschärft werden.

Begründung:

Immer wieder kommt es am Fußgänger:innenübergang neben der Unterführung Linke Wienzeile zu gefährlichen Situationen für Passant:innen. Dabei verleitet ein flacher Abbiegewinkel KFZ - von der Ullmannstraße kommend - in hohem Tempo in die Linke Wienzeile einzubiegen. Nicht selten müssen Fußgänger:innen in der Grünphase stehenbleiben oder zur Seite springen. Besonders gefährlich ist die Überquerung - laut einiger Rückmeldungen von Bewohner:innen im Grätzl - bei Dunkelheit. Verschärfend kommt hinzu, dass zwischen Autofahrbahn und Radweg lediglich 1 bis 1,5 m Platz zum Stehen vorhanden ist.

Wien, 29.02.2024

Andreas Leszkovsky

Edin Cajlakovic

An die
Bezirksvorstellung
Rudofsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien

Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 29.02.2024 bezüglich
Montage Mistkübeln beim Taxistandplatz Märzstraße und Huglgasse

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, Mistkübeln mit Aschenrohren beim geteilten Taxistandplatz Nr. 1501 Märzstraße und Huglgasse zu montieren.

B E G R Ü N D U N G

Im Jahr 2021 wurde der o.a. Taxistandplatz vom damaligen Standort in der Märzstraße vor der Huglgasse an die jetzigen Standorte (Märzstraße 55 und Huglgasse neben dem Pflegeheim) verlegt und dabei auch aufgeteilt.

Allerdings offenbar offenbar darauf vergessen, die bis dahin an den entsprechenden Verkehrszeichen angebrachten Mistkübeln inkl. Aschenrohren (von der MA 48 seinerzeit als „Tschikröhl’n“ propagiert), wieder anzubringen.

Es ist allerdings wichtig, dass gerade bei Taxistandplätzen ebensolche Mistkübeln angebracht sind, da die Taxilenker gerne an Standplätzen Taxis von eventuellen Abfällen (leere Druckerrollen, nicht mehr benötigte Zeitungen oder auch achtlos hinterlassenen Mist von Fahrgästen, etc.) leeren wollen, oder kurz Zigarettenpausen machen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass diese Hinterlassenschaften einfach achtlos auf der Straße landen.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann-Stv.

Mag. Martin Hobek
Klubobmann

Hannes Koger
Bezirksrat

Antrag

Reparatur der Gehsteige im Haltestellenbereichen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudofsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der nötigen Reparatur der Gehsteige im Haltestellenbereichen zur Bezirksvertretungssitzung am 29. Februar 2024 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Der zuständige Stadtrat für die Wiener Linien, KR Peter Hanke, wird gebeten die Reparatur der Gehsteige in den Haltestellenbereichen der Linie 49 in Auftrag zu geben.

Begründung:

Durch die Einführung der Flexity Garnituren auf der Linie 49 wurden aus Gründen der Barrierefreiheit die Poller im Haltestellenbereichen entfernt. Leider erfolgte diese Entfernung nicht unbedingt sachgemäß, sodass größere Bereiche des bestehenden Gehsteiges/Einstiegsbereiches zerstört wurden und dabei oft Unebenheiten überblieben.

BR Peter Estfeller
Klubobmann



Wien, am 22.02.2024

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **29.02.2024** nachstehenden Antrag:

Antrag

Schutzweg Graumanngasse/Stiebergasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats auf der Stiebergasse auf Höhe Graumanngasse einen Schutzweg mit Temposchwelle zu errichten.

Es wird um Zuweisung in die Verkehrs- und Mobilitätskommission gebeten

Begründung:

Die Stiebergasse ist ein viel genutzter Verkehrspunkt im Bezirk. Um von der östlichen Seite der Stiebergasse auf Höhe der Graumanngasse die Gasse sicher zu überqueren sind weite Umwege und über die Ullmannstrasse bzw. die Diefenbachgasse notwendig. Das ist in der Form nicht zumutbar. Ein Schutzweg mit Temposchwelle soll zukünftig die Querung erleichtern.

Catherina Schneider

Katharina Schöll



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 29.02.2024 nachstehenden

ANTRAG

Wir ersuchen die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien die Parkanlage Ölweingasse im 15. Bezirk nach Hans-Rott-Park zu benennen.

Begründung:

Johann Nepomuk Karl Maria Rott, kurz Hans Rott genannt (geb. 1. August 1858 in Brauhirschgrund, 1150 Wien, gestorben am 25. Juni 1884), war österreichischer Komponist. Rott war Schüler von Anton Bruckner. So wie Bruckner stellte auch Gustav Mahler während des gemeinsamen Studiums mit Rott seine außergewöhnlichen kompositorischen Fähigkeiten fest. Rott war gerade 25 Jahre als er in Wien starb und wurde auf dem Wiener Zentralfriedhof begraben. Seine Werke wurden in den 1980er Jahren wiederentdeckt. In diesem Jahr jährt sich das Todesjahr zum 140. Mal.

Verena Schweiger,

Klubobfrau

**An die
Bezirksvorstellung
Rudofsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien**

**Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 29.02.2024 bezüglich
Wiederanbringen des Verkehrszeichens „Vorrang geben“ an der Kreuzung
Hackengasse / Märzstraße**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, das Verkehrszeichen „Vorrang geben“, an der Kreuzung Hackengasse vor der Märzstraße von der Hütteldorfer Straße kommend, wieder anzubringen.

B E G R Ü N D U N G

Das oben erwähnte Verkehrszeichen dürfte im Zuge der Anbringung des Gebotszeichens „Maximale Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ mit den Zusatztafeln „ausgen. Straßenbahn u. Nachtautobusse“ und „Links u. Rechts“, demontiert worden sein. Anschließend wurde es nicht wieder angebracht.

Die Märzstraße wird vom Gürtel bis zur Huglgasse von Straßenbahnen befahren, daher ist bei allen querenden Straßenverbindungen entweder das Verkehrszeichen „Vorrang geben“ bzw. eine Stopptafel angebracht, bis auf der oben erwähnten Kreuzung.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann-Stv.

Mag. Martin Hobek
Klubobmann

Hannes Koger
Bezirksrat

Anlage:



Wien, am 11.04.2024

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **18.04.2024** nachstehenden Antrag:

Freie Fahrt in Rudolfsheim-Fünfhaus

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien den Verkehrsfluss in Rudolfsheim-Fünfhaus zu fördern. Dies soll mittels „Grünpfeil im Radverkehr“ an folgenden Stellen geschehen:

- Sechshauser Straße (Grünpfeil Rechts) in die Kürnbergergasse
- Gablenzgasse (Grünpfeil Rechts) in die Markgraf-Rüdiger Straße
- Felberstraße (Grünpfeil Rechts) in die Pelzgasse
- Felberstraße (Grünpfeil Rechts) in die Hackengasse
- Felberstraße (Grünpfeil Rechts) in die Holochergasse
- Johnstraße (Grünpfeil Rechts) in die Goldschlagstraße (Nördlicher Fahrtrichtung)
- Johnstraße (Grünpfeil Rechts) in die Goldschlagstraße (Südlicher Fahrtrichtung)

Begründung

Seit der 33. StVO-Novelle des Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie im Oktober 2022 hat Radfahren in Österreich einen höheren Stellenwert. Das neue Verkehrsschild „Grünpfeil im Radverkehr“ bietet dem Bezirk die Möglichkeit den Radverkehr in Wien entscheidend zu beschleunigen. Kürzere Wartezeiten und schnelleres Vorankommen macht Radfahren in Wien attraktiver für die Menschen im Bezirk. Wir wünschen uns diese Möglichkeit mit dem neuen Verkehrsschild jetzt auch im 15. Bezirk zu nutzen.

Catherina Schneider

Katharina Schöll



Der unterzeichnende Bezirksrät, Didi Zach, stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 18. April 2024 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus unterstützt alle Bestrebungen, die es sich zum Ziel machen, Kinderarmut aus unserer Gesellschaft zu verbannen.

Begründung:

In Österreich sind laut Caritas rund 353.000 Kinder und Jugendliche unmittelbar armutsgefährdet – dies hat erhebliche Einschränkungen im täglichen Leben zur Folge, was die geistige und körperliche Entwicklung hemmen und psychische Probleme auslösen kann.

Wir meinen: die Einführung einer Kindergrundsicherung ist dringend notwendig.

Laut einer Studie der „Volkshilfe“ würde die Einführung einer Kindergrundsicherung für rund 1,536.000 Kinder unter 18 Jahren und ihre Familien bedeutende materielle Erleichterungen zur Folge haben.

<https://www.volkshilfe.at/was-wir-tun/positionen-projekte/armut-und-kinderarmut/kindergrundsicherung/>



Der unterzeichnende Bezirksrät, Didi Zach, stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 18. April 2024 folgenden

Resolutionsantrag

Geiche Rechte für alle Kinder

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ist der Meinung, dass alle Kindern, die in Österreich geboren werden, über die gleichen Rechte verfügen können sollten.

Begründung

Hunderttausende Menschen, die in Österreich geboren wurden und seit vielen Jahren hier leben, werden per unsinniger Gesetze zu Menschen zweiter Klasse degradiert.

Zudem sind die finanziellen Kosten für eine Einbürgerung extrem hoch und widersinnig. So müssen selbst hier geborene Kinder und Jugendliche über ihre Eltern ein Mindesteinkommen nachweisen, um eine Chance auf Einbürgerung zu haben. Das ist Ausgrenzung pur!

Studien halten eindeutig fest: Österreich ist Schlusslicht in Europa beim Zugang zur Einbürgerung! Während in anderen Ländern Kinder, die im Land zur Welt kommen, automatisch eingebürgert werden, ist das in Österreich nicht einmal dann der Fall, wenn die Eltern schon viele Jahre hier leben. Das muss sich dringend ändern! Diese Ausgrenzung tut den Betroffenen nicht gut und sie tut Österreich nicht gut!

Daher treten wir ein

- für die automatische Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an alle, die hier geboren werden.

- Für die bedingungslose und kostenfreie Einbürgerung aller jungen Menschen, die als Kinder nach Österreich gekommen sind, spätestens nach sechs Jahren



Der unterzeichnende Bezirksrät, Didi Zach, stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 18. April 2024 folgenden

Resolutionsantrag

Euro-Milliardäre sollen endlich zahlen

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus unterstützt alle Bestrebungen, die es sich zum Ziel machen, Vermögenssteuern für Euro-Milliardäre einzuführen.

Begründung:

Kürzlich hat ORF.at – mit Verweis auf einen neuen Forbes-Reichtum-Bericht – festgehalten, dass die 5 reichsten Personen in Österreich über ein Vermögen von unglaublichen 62,8 Milliarden Euro verfügen, während gleichzeitig 100.000e Menschen aufgrund der Teuerungskrise kaum mehr über die Runden kommen.



Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen der Sozialdemokratischen Fraktion Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **18. April 2024** nachstehende

R e s o l u t i o n

Betrifft: Wiener Klimateam

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus bekennt sich zum Klimaschutz- und Beteiligungsprojekt „Wiener Klimateam“ und spricht sich für eine Teilnahme des Bezirks in der nächsten Runde 2024/25 aus.

Begründung:

Das Wiener Klimateam ist ein inklusives Beteiligungsvorhaben der Stadt Wien, welches Projekte des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung für ein lebenswertes klimaneutrales Wien sektoren- und themenübergreifend auf den Weg bringen soll. Das Pilotprojekt startete 2022 in den Wiener Bezirken Margareten, Simmering und Ottakring. Im Jahr 2023 erfolgt eine pilothafte Umsetzung in den weiteren Bezirken Mariahilf, Währing und Floridsdorf. Nach seiner zweijährigen Pilotphase wird das Wiener Klimateam aktuell optimiert und soll im Herbst 2024 in eine neue Runde starten. Mit dem Wiener Klimateam beschreitet die Stadt Wien neue Wege der Beteiligung und Kooperation: Wiener*innen können ihr Lebensumfeld direkt mitgestalten und ihre Ideen zusammen mit Politik und Verwaltung umsetzen. Dabei werden möglichst breit und inklusiv unterschiedliche soziale Gruppen durch partizipativ-demokratische Elemente miteinbezogen. Vom Gemeindebau bis zum Schrebergarten, vom Park bis zum Vereinslokal: Direkt im Grätzl – also dort, wo sich das Leben im Bezirk abspielt – holt das Projekt die Wiener*innen ins Klimateam. Als Expert*innen für ihren Bezirk wissen sie am besten, was es bei ihnen ums Eck für ein besseres Klima braucht. Alle Beteiligten ziehen an einem Strang und lernen voneinander. Das Wiener Klimateam geht damit als Beispiel für gemeinsames Handeln im Kampf gegen die Klimakrise voran. Das Wiener Klimateam ist nun nach der zweiten Runde bereits ein großer Erfolg in allen teilnehmenden Bezirken. Durch das Projekt können Bezirke auf zusätzliche Fördermittel zurückgreifen, um einen Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise zu leisten. Besonders wichtig ist es, die Maßnahmen zum Klimaschutz mit den Bewohner*innen aus Rudolfsheim-Fünfhaus gemeinsam zu erarbeiten. Damit kann die gelebte Praxis der Bürger*innenbeteiligung im 15. Bezirk auch auf den Themenbereich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung ausgeweitet werden.

Gemeinsam mit den Rudolfsheim-Fünfhauser*innen wollen wir den Bezirk noch nachhaltiger und besser machen und neue Wege in der Beteiligung gehen.

Verena Schweiger
Klubobfrau

Antrag betreffend Tempo 30 auf der Sechshauser Straße

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 20.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien zu ersuchen, die Errichtung einer Tempo-30-Zone auf der gesamten Sechshauserstraße zu prüfen.

Begründung:

Die aktuelle Verkehrsplanung impliziert im Zuge der Neugestaltung der Äußeren Mariahilfer Straße in ihrer Modellrechnung eine Verlagerung des Verkehrs unter anderem in das Wohngebiet Sechshauser Straße. Viele Bewohner:innen wären von der zusätzlichen Verkehrsbelastung betroffen. Um eine zukünftige Verkehrsüberlastung in der Sechshauser Straße zu verhindern, sollten bereits mit Beginn des 1. Bauabschnitts Äußere Mariahilfer Straße (ab Sommer 2024) parallel ebenso notwendige, verkehrsmindernde Maßnahmen für die Sechshauser Straße in Gang gesetzt werden. Insbesondere ist hier auch durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen eine größere Gefährdung für Schüler:innen von 6 Schulen (Ortnergasse, Diefenbachgasse, Henriettenplatz, Sechshauserstraße, Reichsapfelgasse, Rauchfangkehrergasse) zu befürchten. Die Verkehrsunfallkarte der Statistik Austria (<https://www.statistik.at/atlas/verkehrsunfall/>) weist über die gesamte Länge der Sechshauser Straße jedes Jahr eine hohe Anzahl an Unfällen aus. Die Temporeduktion ist also dringend geboten.

Wien, am 20.06.2024

Die BezirksrätInnen Dvorak, Estfeller, Leszkovsky, Moalla und Zach stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung an die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus für die Sitzung am 20. Juni 2024 folgenden Antrag

**Für mehr Transparenz: Informationen bzgl. allfällig
zusätzlicher Verkehrsbelastung in der Sechshauserstraße
veröffentlichen**

Die zuständige(n) Magistratsabteilung(en) möge(n) alle Analysen, Studien, Untersuchungen, Erhebungen, die sich mit dem Thema "Auswirkungen einer Einbahnführung auf der Äußeren Mariahilferstraße" befasst haben, den MandatarInnen der Bezirksvertretung zur Verfügung stellen, damit diese interessierte Bürger und Bürgerinnen informieren können.

Begründung:

Die AnrainerInnen auf der Sechshauserstraße befürchten aufgrund der Baumaßnahmen auf der Mariahilferstraße eine vermehrte Verkehrsbelastung. Angeblich gibt es dazu auch Analysen, Studien, Untersuchungen, Erhebungen der zuständigen Magistratsabteilung.

Wir, die Unterzeichnenden, erachten es für unbedingt notwendig, dass die Öffentlichkeit Zugang zu den angesprochenen Informationen erhält. Der Öffentlichkeit diese Informationen vorzuenthalten, wäre unserer Meinung nach absolut kontraproduktiv.



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 20. Juni 2024 nachstehenden

Antrag

Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in Rudolfstheim-Fünfhaus 2025-2030

Die Bezirksvertretung Rudolfstheim-Fünfhaus ersucht den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in Rudolfstheim-Fünfhaus im Rahmen des Projekts „Lokale Agenda 21 in den Wiener Gemeindebezirken 2025-2030“ finanziell zu unterstützen.

Der Bezirk erklärt sich bereit, im Projektzeitraum 2025-2030 für die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen 81.000 Euro jährlich aus Bezirksmitteln zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Bezirksbezogene Lokale Agenda 21-Prozesse stellen ein bewährtes Instrument dar, um Bürger*innen auf lokaler Ebene in ihrem Engagement zu unterstützen. Im Rahmen eines bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozesses werden Bürger*innen informiert, aktiviert und auf Augenhöhe in den Dialog zwischen Bezirkspolitik und Stadtverwaltung eingebunden. Dies fördert nicht nur die Transparenz und demokratische Teilhabe, sondern trägt auch dazu bei, maßgeschneiderte und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen und Perspektiven der Bürger*innen entsprechen.

Durch diesen partizipativen Ansatz wird die Legitimität von Entscheidungen gestärkt und das Risiko von Konflikten verringert, da die betroffenen Personen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligt sind. Dies fördert ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den lokalen Entscheidungsträger*innen sowie der Verwaltung, was langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene und einer gestärkten demokratischen Kultur in Wien beiträgt.

Verena Schweiger
Klubobfrau SPÖ

Catherina Schneider
Klubobfrau Grüne

Wien, am 13.06.2024

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **20.06.2024** nachstehenden Antrag:

LGBTIQ* Schutzwege zur Sichtbarkeit

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.a Ulli Sima, und die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, einen Schutzweg in Rudolfsheim-Fünfhaus zwischen den weißen Streifen in den non-binary Farben (abwechselnd schwarz, gelb und violett) auszugestalten und einen weiteren Schutzweg in den Farben der Trans-Pride-Flagge (weiß-blau-weiß-rosa) zu gestalten.

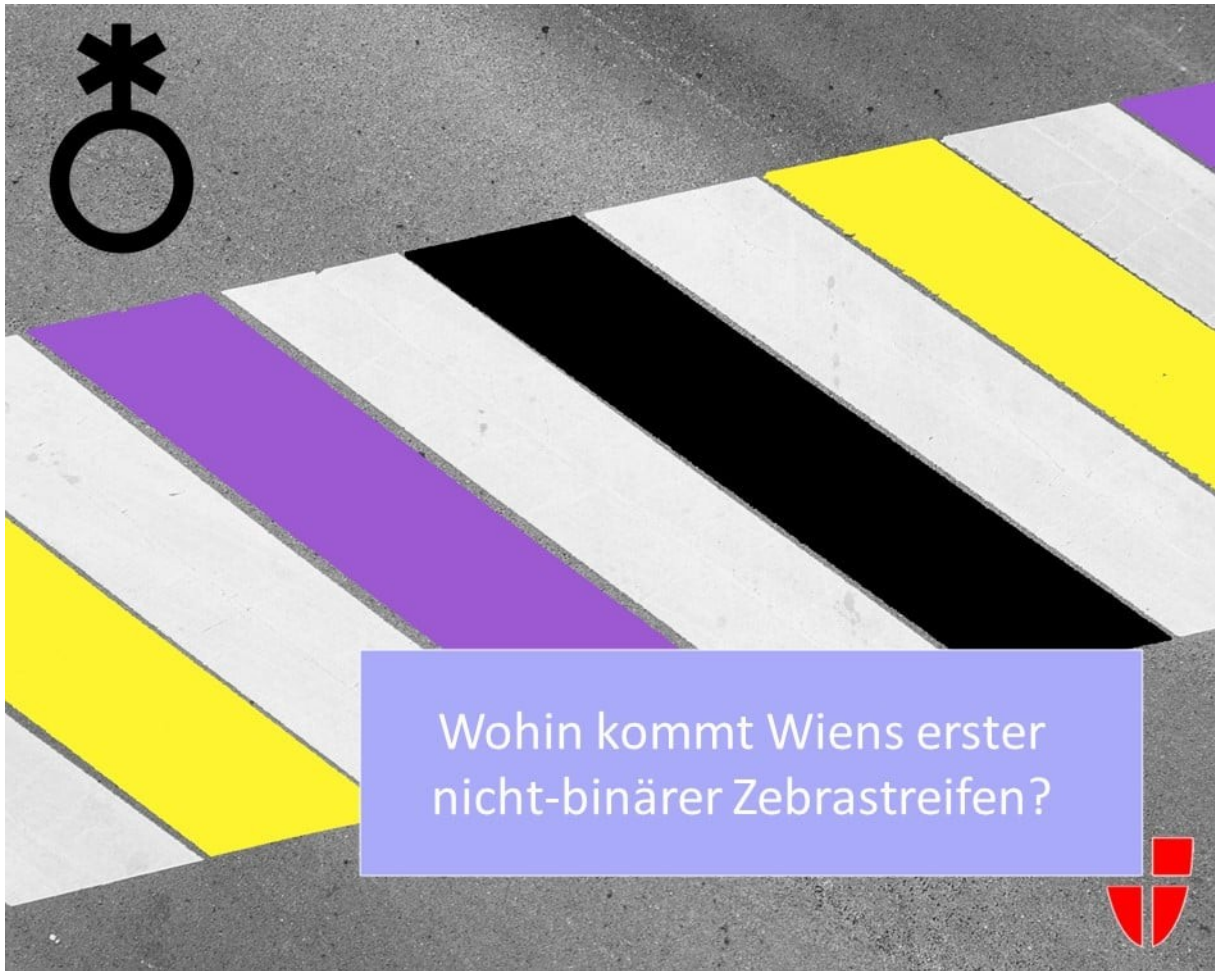
Als Standorte werden der neue Schutzweg auf der Sechshauser Straße, sowie die Hütteldorferstraße vorgeschlagen.

Begründung

LGBTIQ*-Personen sind in der Öffentlichkeit gefährdet. Aktuell nimmt die Gewalt gegen diese Gruppe in der Öffentlichkeit sogar zu. Sichtbarkeit für die Community, besonders auch für einzelne Gruppen, leistet einen ganz wichtigen Beitrag um dem entgegenzuwirken. Je kleiner und je weiter von der wahrgenommenen „Norm“ entfernt eine Gruppe ist, desto gefährdeter sind ihre Mitglieder.

Daher gibt es in Wien inzwischen die Tradition, in der Stadt Pride-Zebrastreifen in vielfältiger Ausgestaltung herzustellen. Neben einigen Regenbogen-Zebrastreifen gibt es bereits auch mehrere in den Farben der Trans-Pride-Flagge. Rudolfsheim-Fünfhaus hat hier noch Weiterentwicklungspotential. Als Ergänzung zu den bestehenden Regenbogenzebrastreifen schlägt dieser Antrag nun die Farben von zwei weiteren Pride-Flagge vor (nicht-binär und trans).

Insofern würde es sich anbieten, gerade jetzt einen Beitrag zur Sichtbarkeit von LGBTIQ*-Personen zu leisten. Einer Zustimmung und die damit verbundene baldige Umsetzung im Pride-Monat Juni würde von der Community sicher sehr begrüßt werden.



Wohin kommt Wiens erster
nicht-binärer Zebrastreifen?

(Quelle: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=139824281559766&set=pcb.139825898226271> – Facebook:Genderklage)

Catherina Schneider

Katharina Schöll



Der unterzeichnende Bezirksrat, Didi Zach, stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 14. November 2024 nachstehenden

ANTRAG

zur Verbesserung der Beförderungsleistung der Straßenbahnlinie 9

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt und die Wiener Linien zu überprüfen, ob durch den Einsatz größerer Wagengarnituren, eine Erhöhung der Frequenz, eine häufigere Weiterführung bis zur Winckelmannstraße und durch eine Intervallverkürzung – insbesondere in der Zeit zwischen 9 und 15 Uhr - eine Verbesserung der Beförderungsleistung auf der Linie 9 erreicht werden könnte.

BEGRÜNDUNG

Die Straßenbahnlinie 9 ist – neben den Buslinien 10A und 12A – ein sehr wichtiges öffentliches Verkehrsmittel für die Nord-Süd-Querung in unserem Bezirk. Mit einer generellen Verlängerung der Linienführung, oder zumindest einer häufigeren Weiterführung bis zur Winckelmannstraße (Betriebsbahnhof) würde für die im Einzugsbereich der Linie 9 lebenden Bewohnerinnen und Bewohner nördlich der Westbahn endlich auch das Bezirksamt ohne Umsteigrelation direkt erreichbar gemacht werden (Haltestelle Staglgasse in der Mariahilfer Straße).

Der unterzeichnenden Bezirksrät*innen stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 15. November 2024 nachstehenden

ANTRAG zur Beschilderung der Radverkehrsumleitungen

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt, die Ausnahmebestimmungen für den Radverkehr bei den Umleitungsführungen insbesondere im Zuge der langfristigen Umbauarbeiten in der Mariahilfer und in der Hütteldorfer Straße weitestmöglich beizubehalten und entsprechend korrekt auszuschildern.

BEGRÜNDUNG

Die Umbauarbeiten in der Mariahilfer Straße und in der Hütteldorfer Straße erstrecken sich über relativ lange Zeiträume und erfordern dementsprechende Umleitungsmaßnahmen, die StVO-konform korrekt ausgeschildert werden müssen. Dies gilt nicht nur für den motorisierten Fahrzeugverkehr. Sondern auch für die Führung des Radverkehrs. Leider konnte festgestellt werden, dass bei einigen Umleitungen (Einbahnen gestürzt, Abbiege- und verbote) die Beibehaltung der Ausnahmebestimmungen für den Radverkehr unvollständig oder widersprüchlich beschildert oder die Ausnahmebeschilderung manchmal temporär völlig weggelassen wurde. Das ist für alle Verkehrsteilnehmenden nicht nur sehr irritierend, sondern trägt auch insbesondere im Falle eines Unfalls zu großen Rechtsunsicherheiten bei.



Kreuzung Preysingg./Hütteldorferstr.
Bodenmarkierung erlaubt den Radfahrenden das geradeaus Weiterfahren; beim Links-Abbiege-Gebotsschild fehlt jedoch die Ausnahme für die Radfahrenden



Gasgasse/Zwölfgasse:
die Einbahnrichtung der Gasgasse wurde gestürzt, auf die Ausnahme für die Radfahrenden wurde bei Einführung der Umleitung zuerst vergessen, dann wurde sie nach zwei Tagen doch angebracht, dann wurden neue Schilder aufgestellt und die Ausnahme „Radfahren gegen die Einbahn“ wurde wiederum nicht angebracht.
Auswirkung: Von der Langauergasse kommt man mit dem Fahrrad überhaupt nichtmehr „legal“ in die Zwölfgasse!



Auch bei der Kreuzung Gasgasse/Kohlenhofgasse fehlen Ausnahmeschilder (Radfahren gegen die Einbahn), während die Piktogramme diese Ausnahme vor der Umleitungsführung bestätigen.



Die unterzeichnende Bezirksrät stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen
in der Bezirksvertretungssitzung am 14. November 2024 nachstehenden

ANTRAG

zur Erhaltung der Ballspielanlage 1150 Zwölfergasse/Rosinagasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt, den Bestand und die Benützbarkeit der Ballspielanlage in Wien 15, Zwölfergasse 29/Rosinagasse 16 (KatGde Fünfhaus Grundstücksnummer 1184) dauerhaft, also während und auch nach Abschluss der vorhersehbaren Neubautätigkeiten in der Grangasse 2 und in der Rosinagasse 10-14, sicherzustellen.

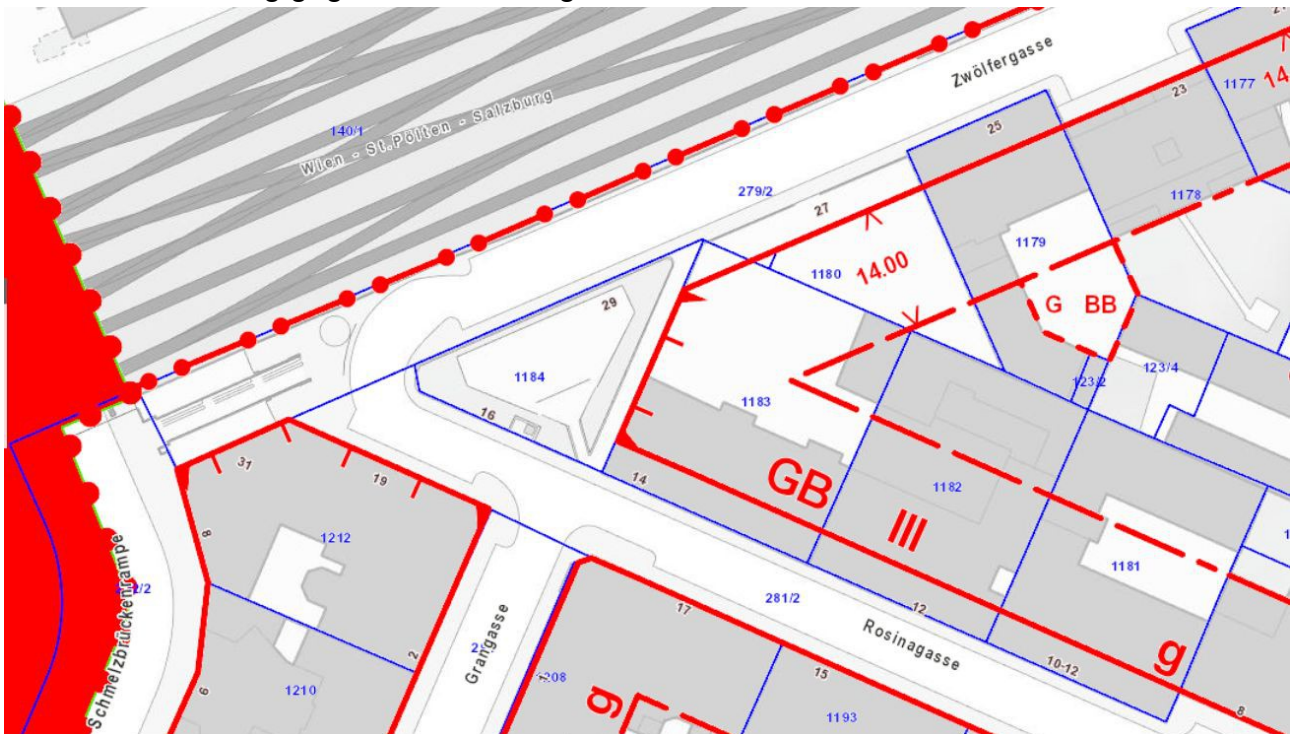


BEGRÜNDUNG

Diese Ballspielanlage ist ein bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aller Geschlechter extrem beliebter und ganztags nahezu ununterbrochen genutzter Aufenthaltsort. Er ist auch der einzige derartige Freiraum in diesem bevölkerungsdichten Bezirksteil.

Die im Luftbild noch ersichtlichen Gebäude in der Grangasse 2 und in der Rosinagasse 10-14 sowie die ehemalige Betriebsfläche des Autohändlers in der Zwölfergasse 27 existieren schon nicht mehr. Auf all diesen Liegenschaften sind früher oder später neue Bebauungen zu erwarten. Der generalisierte Flächenwidmungs- und Bebauungsplan weist

unmittelbar neben der Ballspielanlage Gemischtes Baugebiet/ Bkl III aus, also eine massive Aufzoning gegenüber dem abgerissenen Baubestand.



Sowohl für die Grangasse 2 (EZ 1212) als auch für die Rosinagasse 10-14 (EZn 1180 bis 1183) sind Bebauungsprojekte öffentlich zu finden, die die Beispielbarkeit während der Bauzeit und sogar die Existenz der Ballspielanlage sehr in Frage stellen. Für die kleine Anlage weist der Flächenwidmungsplan nicht einmal eine Epk-Widmung und auch keine Öff.Zweck-Widmung aus.



ROSINA BRICK

Grangasse 2 / Ecke Rosinagasse, 1150 Wien

„ Geplant sind attraktive Büros in der im Industrial Design gestalteten Sockelzone und eine Ebene mit servicierten Apartments“
(Zitat aus Projektpräsentation von AVORIS)

Es ist zu befürchten, dass die von der Flächenwidmung begünstigte exzessive Steigerung der Geschäftsflächennutzung auch Begehrlichkeiten hinsichtlich Zufahrts- und Anlieferungsflächen nach sich ziehen, die weder auf der Schmelzbrückenrampe noch in der Grangasse befriedigt werden können. Die Ballspielanlage kommt dadurch massiv unter Druck.

Das **Neubauprojekt in der Rosinagasse 10-14** (Architekturbüro Palme, Projekt aus dem Jahre 2015) spricht eine noch deutlichere Sprache: In der Projektanimation existiert der Ballspielplatz gar nicht mehr:

Palme.

Atelier.Architekt



WOHNBAU, ROSINAGASSE

Jahr	2015 - laufend
Leistung	Neubau, Planung
Kategorie	Wohnen
Ort	Wien (AT)
Rendering	360 Perspektiven

Beide Bauvorhaben erhöhen die Bebauungsdichte im Viertel, tragen keinen einzigen Quadratmeter bei zum Abbau des Freiraummangels im Bezirksteil, vergrößern diesen sogar, indem sie die Relation m² Freiraum je Einwohner durch ausschließliche Erhöhung der Bevölkerungszahl noch mehr verschlechtern. Es ist außerdem zu befürchten, dass die neuen Bewohner*innen der Wohnbauanlage, bzw. die neu zu erwartenden Nutzer*innen im Erdgeschoßbereich sich sehr bald beklagen werden, dass ein Ballspielkäfig vor ihrer Nase absolut inkompatibel sei.

Angesichts des eklatanten und – zumindest im Bezirk – allseits bekannten Freiraumdefizits sind der Erhalt und die Nutzbarkeit jedes einzelnen Quadratmeters derartiger wohnungsnaher Spielflächen von höchster Priorität.





Wien, am 28.11.2024

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfstheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **05.12.2024** nachstehenden Antrag:

Winterdienst – regelmäßige Kontrollen in Rudolfstheim Fünfhaus

Die Bezirksvertretung ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien in Rudolfstheim-Fünfhaus regelmäßige Kontrollen der Einhaltung der Winterdienst-Verordnung sowie Stichproben vorzunehmen.

Begründung

Es ist unbestritten, dass es im Sinne der Verkehrssicherheit ausreichend Vorkehrungen benötigt. Leider schadet Streusalz aber der Vegetation und den Böden. Die Wasseraufnahme von Bäumen wird durch das Streusalz erschwert und somit kommt es zu Trockenstress, der ihnen das Überleben noch schwerer macht. In Verbindung mit der Bodenverdichtung leiden so unsere Bäume besonders, die Lebenserwartung wird mit ca. 25 Jahren (!) massiv verkürzt.

Laut der für Wien geltenden Winterdienst-Verordnung 2003 ist das Streuen von natrium- oder halogenidhaltigen Auftaumitteln auf allen öffentlichen Gehsteigen und Gehwegen im Abstand von zehn Metern zu unversiegelten Bodenflächen - also Wiesen oder Baumscheiben - verboten, wenn keine baulichen Maßnahmen den Salzeintrag verhindern. Ausgenommen sind Brücken, Haltestellenbereiche öffentlicher Verkehrsmittel, Rampen für Behindertenfahrzeuge und Stiegenanlagen.

Ziel dieser Regelung ist es, Boden und Pflanzen zu schützen. Trotzdem wird immer wieder gegen das Streuverbot verstoßen. Die Behörde kontrolliert nur, wenn Meldungen durch die Bevölkerung an sie gelangen. In den letzten Jahren wurde in durchschnittlich 100 Fällen pro Jahr ein Verstoß gemeldet, hier kam es in ca. 65 % der Fälle zu einer Probenahme. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass nur sehr informierte und engagierte Bürger:innen einen möglichen Verstoß melden, daher muss mit einer hohen Dunkelziffer an Verstößen gerechnet werden.

Catherina Schneider

Katharina Schöll